

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Juni 1953

Finanzminister stimmt einer Erhöhung der Gastarztstipendien auf 750 S zu30/A.B.

zu 37/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abg. M a r k und Genossen haben am 21. Mai d. J. in einer Anfrage darauf hingewiesen, dass den Gastärzten in den Gemeindespitälern noch immer Stipendien in der Höhe von nur 500 S ausbezahlt werden. Die Gemeinde Wien habe sich im Februar bereit-erklärt, einer Erhöhung der Stipendien auf 750 S zuzustimmen, falls der Bund wie bisher die Hälfte der dadurch entstehenden Mehrkosten übernehmen würde. Die Abgeordneten fragten den Minister, ob er bereit sei, den für die Erhöhung notwendigen Anteil des Bundes, nämlich 125 S je Stipendium und Monat, ehestens bereitzustellen, um die Not der Spitalsärzte zu lindern.

Die Antwort des Bundesministers für Finanzen Dr. K a m i t z auf diese Anfrage lautet:

Die Gemeinde Wien hat mit Schreiben vom 12. Juni d. J. mitgeteilt, dass sie bereit ist, ab 1. Juli 1953 die Stipendien der Gastärzte mit monatlich 750 S festzusetzen, falls sich der Bund verpflichtet, wie bisher die Hälfte <sup>dieses</sup> erhöhten Beitrages zu tragen. Ich habe dem Herrn Vizebürgermeister unverzüglich mitgeteilt, dass das Bundesministerium für Finanzen grundsätzlich mit der in Aussicht genommenen Massnahme einverstanden ist.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung wurde ersucht, die notwendigen Veranlassungen zu treffen.

-.-.-.-.-